



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › **Agrarministerin Michaela Kaniber: Bund muss jetzt vor Beginn der Aussaat die brachliegenden Flächen freigeben**

Agrarministerin Michaela Kaniber: Bund muss jetzt vor Beginn der Aussaat die brachliegenden Flächen freigeben

23. März 2022

München – Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber zeigt sich alarmiert durch Meldungen aus der Ukraine über gezielte Zerstörungen von Produktionsmöglichkeiten und Lager für Lebensmittel durch die russische Armee. „Wir steuern in vielen Teilen der Welt, in der Ukraine selbst, aber auch in Nordafrika und Asien auf eine Lebensmittelkrise, wenn nicht sogar, wie im Jemen, auf eine Hungersnot zu. Wir müssen in Europa darauf reagieren“, so Kaniber. Den Bund fordert die Ministerin auf, schnell die rechtlichen Grundlagen zu schaffen, damit die deutschen Bauern jetzt zu Beginn der Aussaat noch reagieren können.

Es werde immer unausweichlicher, dass Europa auch gegen das gezielte Herbeiführen von weltweiten Versorgungskrisen eine schnelle und klare Antwort gibt. So hat die EU-Kommission einen Vorschlag vorgelegt, wonach Brachflächen, die als sogenannte ökologische Vorrangflächen ausgewiesen sind, in diesem Jahr zur Erzeugung von Lebens- und Futtermitteln bebaut werden dürfen. Allerdings müssen die europäischen Mitgliedstaaten die Entscheidungen dazu selbst treffen. Kaniber fordert deshalb den Bundesagrarminister auf, jetzt sehr schnell zu entscheiden. Die Landwirte stünden mit der Frühjahrsaussaat in den Startlöchern. „Jeder Tag der Unklarheit aus Berlin, der jetzt verstreicht, kann in letzter Konsequenz in von Hungersnöten und Versorgungskrisen bedrohten Ländern auf der Welt Menschenleben kosten, so Kaniber. In diesem Ausnahmejahr 2022 muss Deutschland unter dem Eindruck des menschenverachtenden Vorgehens Putins in der Ukraine alle Möglichkeiten ausschöpfen, um hier brachliegende Flächen zur Erzeugung von Lebensmitteln, Futtermitteln oder auch Energiepflanzen zuzulassen. Auch der Mindesteinsatz von Mitteln zum Schutz der Pflanzen muss heuer ermöglicht werden. „Die Bundesregierung muss auch auf diese Weise ein Zeichen des Widerstandes und der Hoffnung setzen gegen Vernichtung und Hungertote weltweit“, so Kaniber.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

